

Ethnologie und die institutionelle Praxis staatlicher Integrationspolitik

Martin Sökefeld, Ludwig-Maximilians-Universität München

Was kann die Ethnologie zur Integrationspraxis beitragen? Soll sie überhaupt etwas zu dieser Praxis, wie sie staatlicherseits, institutionell vorgegeben wird, beitragen? Natürlich sind wir Ethnologen immer bemüht, die gesellschaftliche und praktische Relevanz unserer Disziplin zu betonen – nicht zuletzt, um Ethnologen berufliche Perspektiven auch außerhalb von Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen. Das setzt auch eine praxisrelevante Ausbildung voraus. Aber da fängt das Problem schon an: Um welche „Praxis“ geht es eigentlich? Ethnologinnen und Ethnologen müssen mit dem Problem leben, dass es (außerhalb von Wissenschaft und Museen) keine Praxis gibt, auf die die Ethnologie spezifisch zugeschnitten wäre. Das ist die Kehrseite davon, dass Ethnologinnen und Ethnologen im Prinzip sehr viele Praxisfelder offen stehen. Aufgrund der großen Breite möglicher Anwendungsfelder ist eine spezifische Ausbildung für bestimmte Praxisfelder mit den beschränkten Lehrkapazitäten der Ethnologie-Institute gar nicht zu leisten. Wir müssen uns weitgehend auf die Kompetenzen konzentrieren, die ohnehin zum Kernbestand ethnologischen Könnens gehören. Das sind meiner Meinung nach Recherchekompetenzen (Feldforschungsmethoden, aber auch Literaturrecherche) sowie die Fähigkeit, komplexe gesellschaftliche Sachverhalte zu analysieren, zu reflektieren und darzustellen. Neben diesen Fähigkeiten erwerben EthnologInnen während des Studiums natürlich auch Wissen, das ich in zwei Bereiche unterteilen möchte: einerseits „Sachwissen“, das sich auf bestimmte gesellschaftlich-kulturelle Phänomene bezieht (z.B. wie sind Muslime in Deutschland organisiert?), andererseits eher theoretisch ausgerichtetes „Metawissen“, das die Bedingungen, unter denen solche Phänomene (und das Wissen von ihnen) zustande kommen, reflektiert (etwa: Was ist überhaupt „Kultur“? Oder: Wie entstehen „Identitäten“?).

Was davon kann in die Praxis staatlich-institutioneller Integrationspolitik eingebracht werden? Natürlich können Recherchekompetenzen und Sachwissen in diesem Rahmen nutzbar gemacht werden. So mag es für eine Institution zum Beispiel wichtig sein, zu wissen, wie bestimmte Gruppen von Einwanderern organisiert sind, und das können Ethnologen recherchieren. Ich denke aber, dass wir dabei auf keinen Fall stehen bleiben dürfen.

Unser Metawissen lehrt uns, dass Institutionen Begriffe verwenden und mit Kategorien arbeiten, die nicht einfach „natürlich“ gegeben sind, sondern – auch wenn sie als noch so normal und selbstverständlich erscheinen – in Prozessen gesellschaftlicher Auseinandersetzung „gemacht“ werden. Aufgabe von Ethnologinnen und Ethnologen – vor

alles, wenn sie in der eigenen Gesellschaft tätig sind – ist auch, das anscheinend Selbstverständliche zu hinterfragen. Dieses kritische und reflektierende Hinterfragen ist sehr wohl auch praktisch relevant, denn es ermöglicht, sich auf neue Situationen einzustellen und Alternativen zum Bisherigen zu entwickeln.

Die Integrationspraxis (und die damit verknüpfte Politik) gehört zu den Selbstverständlichkeiten in Deutschland, die dringend hinterfragt werden müssen. Nicht zuletzt die Politiknähe dieses Praxisfeldes erfordert, dass die hier gängigen Konzepte und Diskurse nicht für bare Münze genommen werden dürfen. So ist etwa die seit einigen Jahren so beliebte Schuldzuweisung, die Idee einer multikulturellen Gesellschaft sei verantwortlich für die Integrationsmisere in Deutschland, ein historischer Unsinn, der tatsächliche Verantwortlichkeiten verschleiert. Ohne den Multikulturalismus verteidigen zu wollen, muss gesagt werden, dass „Multikulti“ eine Antwort auf die bis weit in die 1980er Jahre dominierende Auffassung war, Arbeitsmigranten seien „Gastarbeiter“, die bald in ihr „Heimatland“ zurückkehren sollten. Sie durften sich gerade nicht „integrieren“ und ihren Aufenthalt in Deutschland nicht „verfestigen“. Für die Kinder der „Gastarbeiter“ gab es zum Teil eigene „Türkenklassen“. Sie sollten gerade *nicht* Deutsch lernen, sondern ihre Herkunftssprache pflegen, damit sie sich im Herkunftsland ihrer Eltern „re-integrieren“ konnten. Deutschland sollte ganz ausdrücklich nicht zum Heimatland der Migranten werden. Ausländerpolitik war jahrzehntelang eine Integrationsverhinderungspolitik.

Die erstaunlich schnelle Kehrtwende von der Ablehnung der Integration der „Gastarbeiter“ zur generellen Forderung nach Integration der „Zuwanderer“ hatte keine wesentlichen Folgen für die Politik, wenn auch die Bezeichnungen gewechselt haben. Heute spricht man pädagogisch korrekt von „Menschen mit Migrationshintergrund“. Von Paul Mecheril übernehme ich dafür die schöne Abkürzung „MMMs“, denen die „MOMs“, „Menschen ohne Migrationshintergrund“, gegenüberstehen. Für die Konstitution der Kategorien MMM und MOM, also für die Abgrenzung derjenigen, die in Deutschland nach wie vor als „Andere“, als „Fremde“ betrachtet werden, spielt der Integrationsdiskurs in Deutschland eine zentrale Rolle. Er macht genau das Gegenteil von dem, was er fordert. Er fordert Integration und produziert gesellschaftliche Desintegration. Die Forderung an Zuwanderer, sich zu integrieren, macht nämlich zweierlei: Sie konstituiert die Kategorie „Zuwanderer“ (also MMMs) immer wieder neu, und sie perpetuiert die Zuschreibung, dass Zuwanderer nicht integriert sind. Denn wenn sie integriert wären, müsste man das ja nicht mehr von ihnen fordern. Der Integrationsdiskurs ist eine Art Perpetuum mobile, das Integration verhindert und die Nicht-Integration von MMMs festschreibt. Das zeigt sich unter anderem auch daran, dass die MMMs dieser Kategorisierung gar nicht entkommen können. Es hat sich (zumindest

im akademischen Diskurs, noch nicht unbedingt im gesellschaftlich-politischen) irgendwann die Einsicht durchgesetzt, dass die Rede von „Migranten“ nicht ganz zutreffend ist, weil die „Migranten“ oft gar nicht selbst migriert sind, sondern nur ihre Eltern oder Großeltern. So wurden aus „Migranten“ eben MMMs oder Migranten der zweiten, dritten oder vierten Generation. Der Migrationshintergrund ist also quasi genetisch festgewachsen, er wird vererbt und man wird ihn auch in der x-ten Generation nicht los.

Folgerichtig wird man den Migrationshintergrund auch durch Einbürgerung nicht los. Einbürgerung macht aus Ausländern keineswegs *Deutsche*, sondern nur *Ausländer mit einem deutschen Pass*. Das bestätigen die alltäglichen Erfahrungen der Eingebürgerten, die, etwa weil sie einen „türkischen“ Namen tragen, stets als Ausländer wahrgenommen und behandelt werden. Sie gelten weiterhin als „Fremde“. Ein Gefühl selbstverständlicher Zugehörigkeit wird unmöglich gemacht. Ein mächtiges Mittel zur Ausgrenzung der „Anderen“ ist ihre Problematisierung im Migrationsdiskurs. MMMs werden ständig als Problem definiert. Die wenigen „Migranten“, die hin und wieder als Leitbilder der Integration vorgeführt werden, werden als Ausnahmen betrachtet, wodurch sie die Regel bestätigen und die grundsätzliche Überzeugung von der Problemhaftigkeit der MMMs nicht in Frage gestellt wird. Sabine Mannitz hat so treffend von der beobachtungsstrukturellen Diskriminierung von Migranten und ihren Nachkommen geschrieben. Ein Angehöriger der Mehrheitsgesellschaft muss eben nicht befürchten, als schlecht integriert zu gelten, weil er nur bestimmte Medien konsumiert oder die deutsche Grammatik nicht ausreichend beherrscht.

Ich denke, in diesem Rahmen sollten sich Ethnologinnen und Ethnologen nicht einfach an der Praxis der Integration beteiligen, denn damit würden sie nur ihre Prämissen bestätigen und verfestigen. Ethnologie muss hier die Aufgabe haben, *unpraktisch* zu sein. Sie muss immer wieder herausarbeiten, wie Fremdheit, Differenz und Ausgrenzung im gesellschaftlichen Diskurs und in der politisch-administrativen Praxis in Deutschland reproduziert und perpetuiert werden. Das dient durchaus auch im eigentlichen Sinne der gesellschaftlichen Integration. Denn Integration als gesellschaftliche Akzeptanz und Teilhabe kann letztlich nur dann gelingen, wenn die Prämissen der Abgrenzung des „Eigenen“ vom „Anderen“ überdacht werden, und das bedeutet vor allem, wenn sich die Vorstellung davon, was das „Eigene“ – was *deutsch* – ist, radikal ändert.